

Kammer Konversation mit Jochen Haußmann MdL, FDP/DVP

Die Arbeit von Zahnärztinnen und Zahnärzten im Gesundheitswesen ist unverzichtbar

Die Urlaubsplanung für 2021 muss bis auf weiteres zurückstehen beim stellvertretenden Vorsitzenden der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Jochen Haußmann. „Meine Gedanken sind bei der anstehenden Landtagswahl und den großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht“. Wie die Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg unter liberaler Führung aussehen würde und was der Berufsstand von einem Sozialminister Haußmann zu erwarten hätte, skizzierte der FDP-Politiker im Gespräch mit LZK-Präsident Dr. Torsten Tomppert. Für die zweite Runde von Kammer Konversation war der Kammerpräsident der Einladung von Jochen Haußmann ins Haus der Abgeordneten am Schlossplatz gefolgt.

Nach dem unsäglichen Gründonnerstag, als die Landesregierung einen Lockdown für die Zahnarztpraxen beschlossen hatte, Stichwort § 6a, hat die FDP eine Pressemitteilung im Sinne der Zahnärzteschaft herausgegeben.

Dr. Torsten Tomppert: Lieber Herr Haußmann, ich erinnere mich noch gut an unsere nächtlichen Telefonate über die Osterfeiertage und möchte Ihnen für Ihre Unterstützung nochmals danken. Der Lockdown hat zehn Tage gedauert. Die Zahnarztpraxen hatten infolge des drastischen Patientenrückgangs erhebliche finanzielle Einbußen. Dennoch sind wir Zahnärzte nicht wie die Ärzte unter den Schutzschirm genommen worden! Wird hier mit unterschiedlichem Maß gemessen?

Jochen Haußmann: In der Tat stelle ich hier eine Unwucht fest, die mehr als ärgerlich ist. Ich bin froh, dass die FDP-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag die Initiative ergriffen und seinerzeit von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf gefordert hat, der analog zum Artikel 3 des COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetzes alle weiteren betroffenen Leistungserbringer im Gesundheitssystem – und damit auch ausdrücklich die Zahnärztinnen und Zahnärzte – für finanzielle

Hilfen aus Mitteln der GKV berücksichtigt.

Bei der Verteilung von Schutzausrüstung ist die Zahnärzteschaft ebenfalls unzureichend berücksichtigt worden durch das Land. Die finanzielle Erstattung dieser Kosten, die wir bei der Landesregierung eingefordert haben, wurde abgelehnt.



An erster Stelle steht mein Dank an die Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie die Kammer, die unter schwierigsten Umständen die Situation gemeistert haben – und das zum Teil auch noch auf eigene Kosten! Ich habe schon mehrfach eine Bevorratungsstrategie des Landes angemahnt. Denn es ist wahrlich nicht Aufgabe einer Zahnarztpraxis für alle möglichen Katastrophenfälle oder Pandemien Vorsorge zu treffen. Die Praxen sind bereits heute mit den Hygieneanforderungen und vor allem der Dokumentation mit viel

zu viel Bürokratie belastet. Das Land muss bei einer Pandemie alle Klassen der erforderlichen Schutzausstattungen vorhalten und als durchlaufendes System anlegen.

Zahnärztinnen und Zahnärzte sind systemrelevant! Sehen Sie das auch so?

Diesen Satz unterstreiche ich nicht nur, ich hebe ihn mit Textmarker hervor. Im Ernst: Die Arbeit von Zahnärztinnen und Zahnärzten ist im Gesundheitswesen unverzichtbar. Deshalb ärgert mich auch die Ungleichbehandlung im Zuge der Corona-Hilfen und der Corona-Krisenbewältigung.

Haben Sie die Corona-Warn-App auf Ihrem Smartphone? Denken Sie, die App leistet einen Beitrag, um das Infektionsgeschehen einzudämmen?

Ja, ich habe die App. Sie bleibt leider weit hinter den Möglichkeiten zurück. Es kann doch nicht sein, dass im Jahr 2020 die Gesundheitsämter mit Telefon und Bleistift noch immer so arbeiten wie in Zeiten der Lochkartensteuerung. Teilweise gibt es erhebliche zeitliche Lücken zwischen positivem Testbefund und Benachrichtigung sowie Anordnung der Quarantäne. In dieser Zeit, die teilweise über eine Woche dauert, können viele unnötige Übertragungen stattfinden. Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen unter Beachtung des Datenschutzes endlich genutzt werden. Wir erleben, dass Baden-Württemberg und Deutschland noch immer digitale Entwicklungsländer sind. Das muss dringend überwunden werden.

Gesetztenfalls Jochen Haußmann wird nach der Landtags-

wahl Sozialminister. Was dann? An welchen Stellschrauben würden Sie als FDP drehen?

Ich sehe im Bürokratieabbau ein wichtiges Handlungsfeld. Zusammen mit Kammern und Verbänden muss definiert werden, was einfacher gemacht werden oder ganz entfallen kann. Zahnärztinnen und Zahnärzte brauchen verlässliche Partner. Ein Beispiel sind Hygienebegehungen. Hier müssen landesweit einheitliche Kriterien gelten. Und zwar behördenübergreifend. Es kann nicht sein, dass es hier unterschiedliche Bewertungen gibt. Wir als Freie Demokraten achten auf faire Wettbewerbsbedingungen. Damit spiele ich auf die Problematik der Z-MVZ an. Aber auch das bisher Erwähnte im Kontext mit Corona. Ganz generell geht es mir aber auch um die Form des Umgangs und der Wertschätzung gegenüber Zahnärztinnen und Zahnärzten als Freie Berufe mit großer Verantwortung und Expertise für die exzellente gesundheitliche Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger. Ich setze auf Dialog und Austausch. Neue Regelungen müssen in einem Miteinander entstehen.

Herr Haußmann, Sie sind auch frauenpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion. Wir beobachten in der Zahnmedizin, dass immer mehr Frauen unseren Beruf ergreifen. Leider lassen sich nur wenige in eigener Praxis nieder, sondern entscheiden sich oftmals für eine Angestelltentätigkeit. Wie können die jungen Zahnmedizinerinnen zur Niederlassung bewegt werden? Welche Möglichkeiten sehen Sie generell, junge Zahnärztinnen und Zahnärzte beim Start als Freiberufler zu unterstützen?

Vermutlich schreckt viele junge Zahnmedizinerinnen, Zahnmediziner, Ärztinnen und Ärzte die schiere Flut an Bürokratie und Verantwortung ab. Hier könnte es sinnvoll sein, den „overhead“ zu bündeln. Wichtig ist für mich, dass



Beste Aussicht. Das Dach des Hauses der Abgeordneten am Schlossplatz bietet für Jochen Haußmann (r.) und Dr. Torsten Tompertz die beste Aussicht auf das benachbarte Kunstgebäude in Stuttgart.

die zahnärztliche Trägerschaft erhalten bleibt und eben gerade keine investorengetragenen Konzerne in die Zahnheilkunde Einfluss nehmen. Denn aus meiner Sicht ist die niedergelassene freiberufliche Tätigkeit nicht nur ein hoher Wert an sich – sie bürgt durch das hohe Maß an Verantwortung auch für Qualität. Gleichwohl braucht es auch Strukturen, wo junge Zahnärztinnen und Zahnärzte auch Chancen auf eine angestellte Tätigkeit erhalten, um später den Schritt in die Freiberuflichkeit zu starten bzw. der medizinischen Versorgung erhalten bleiben.

Noch ist die Versorgung auf dem Land gewährleistet. Welche Ansätze sehen Sie, um (junge) Zahnärztinnen und Zahnärzte zu einer Niederlassung in ländlichen

Gebieten zu motivieren? Was halten Sie von der Landarztquote beim Medizinstudium?

Die Landarztquote habe ich mit Nachdruck abgelehnt und dabei bleibe ich. Wie kann man auf die Idee kommen, dass ein junger Mensch seine Zukunft in zehn bis zwölf Jahren vorhersagen kann. Gerade in jungen Jahren entwickelt sich doch noch so viel. Ich sehe eine solche Quote als Kosmetik und Aktionismus. Wirklich tragfähig ist es aus meiner Sicht, an der Wiederherstellung der Attraktivität der niedergelassenen freiberuflichen Tätigkeit als Zahnärztin oder Zahnarzt zu arbeiten.

Für den nächsten Themenkomplex muss ich etwas ausholen: 2015 wurde die Gründung von arztgruppengleichen MVZ ermöglicht. Was von der Politik positiv intendiert war, hat jedoch durch eine Lücke im Gesetz eine Kapitalanlagemöglichkeit für internationales

Investorengeld geschaffen, unter anderem für Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften. In den kommenden zehn Jahren stehen etwa ein Drittel aller Zahnarztpraxen zur Übergabe an, weil die Praxisinhaber in Rente gehen. Das ist ein interessanter Markt für internationale Investoren in Zeiten der Null-Zins-Politik! Wie beurteilen Sie die arztgrup-

Zur Person

Jochen Haußmann, FDP/DVP

Stellvertretender Vorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion und Sprecher für Verkehrs-, Gesundheits- und Frauenpolitik
 – Im Landtag seit 2011
 – verheiratet, drei Kinder

pengleichen Investoren-MVZ? Teilen Sie unsere Befürchtungen?

Die geschilderte Situation ruft große Sorgen in mir hervor. Hier ist ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Bund und Ländern erforderlich. Es ist keine gute Entwicklung, die man laufen lassen könnte.

Wir erachten ein Nachjustieren durch die Politik für unabdingbar und haben konkrete Empfehlungen für die Novellierung des Heilberufe-Kammergesetzes vorgelegt. Können wir mit der Unterstützung Ihrer Partei rechnen?

Ein klares Ja. Hier muss gemeinsam eine tragfähige Lösung entwickelt und umgesetzt werden.

Die Vorschläge zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes durch die Landeszahnärztekammer zielen in die Richtung, dass Zahnärzte nur dann in einer GmbH tätig sein können, wenn die GmbH bestimmte Voraussetzungen erfüllt, unter anderem eine ausschließlich heilberufliche Tätigkeit oder die Mehrheit der Gesellschaftsanteile und Stimmrechte Kammermitgliedern

zusteht und keine Dritten am Gewinn der Gesellschaft beteiligt sind.

Digitalisierung und Telemedizin sind – nicht zuletzt wegen der Coronapandemie – auf dem Vormarsch. Eine Übereinkunft zwischen KZBV und GKV-Spitzenverband sieht die Aufnahme von Videosprechstunden, Videofallkonferenzen und Telekonsilien in den Bewertungsmaßstab für zahnärztliche Leistungen BEMA vor. Wie beurteilen Sie das Potenzial von Videosprechstunden, Videofallkonferenzen und Telekonsilien für die zahnärztliche Versorgung?

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass man neue Angebote eröffnen sollte. Die Corona-Pandemie hat das Thema Telemedizin und Videosprechstunde erheblich beflügelt. Inwieweit das dann in der Praxis tatsächlich genutzt werden kann, wird sich zeigen. Ich denke, die weit überwiegende Arbeit wird nach wie vor unmittelbar am Patienten erfolgen, insbesondere in der Zahnmedizin.

Herr Haußmann, vielen Dank für das Gespräch und die Einladung ins Haus der Abgeordneten.

Zu guter Letzt

Am Schluss bitten wir die Gesprächspartner*innen unserer Kammer Konversation, eine Auswahl aus den sechs Begriffspaaren zu treffen. Jochen Haußmann hat folgende Auswahl getroffen:

1. Badischer Spätburgunder oder schwäbischer Trollinger?
Trollinger mit der Ergänzung „aus dem Remstal“

2. Bodensee oder Schwäbische Alb?
Bodensee

3. Fahrrad oder Mercedes?
Fahrrad

4. Wibeke oder Schwarzwälder Kirschtorte?
Schwarzwälder Kirschtorte, die gibt nach dem Marathon Kraft

5. Alltagsmaske oder Einmal-Mund-Nasen-Bedeckung?
Einmal-Mund-Nasen-Bedeckung in FFP2-Qualität

6. Büro oder Homeoffice?
Die Arbeit in der Legislative lässt sich leider nur bedingt im Homeoffice erledigen